machen als Realisten gegen den Ueberradikalismus; und wir dürfen uns auch nicht, gestützt auf unsre ökonomische Einsicht, isolieren als eine Partei der Führer und Theoretiker.

Vor der ersten Gefahr muß uns warnen der Parteitag der Rechtssozialisten in Kassel mit seiner nur reformistischen Oede, wo man vor lauter Aktionsprogrammen für Lehrer, Beamte, Aerzte und jede proletarische Schicht die Aktion, den Willen zur Aktion vergaß.

Die zweite weit größere Gefahr kann nur gebannt werden durch unermüdliche Kleinarbeit und wirtschafts-politische Belehrung der Massen, besonders der aktivitätigen Genossen und Funktionäre. In Wort und Schrift muß dieser Kampf geführt werden um das Gefühl und Bewußtsein der Arbeiterklasse. Die wirksamste Propaganda ist eine wirklich revolutionäre marxistische Politik, getragen von der Erkenntnis der inneren Zusammenhänge, geführt zur Vertretung des dauernden Gesamtinteresses der Arbeiterklasse. Diese Politik muß weder westlich noch östlich, sondern international gerichtet sein. Es ist die große Gefahr des Kommunismus für die gesamte Arbeiterbewegung, daß er die Verelendeten und Verbitterten aufrüttelt, um sie dann zu unüberlegten chaotischen Aktionen aufzureizen. Das wird sich zeigen, wenn man im Winter Politik nach dem Rezept der Roten Fahne im Ruhrrevier machen sollte. „Man treibt die Revolution voran" wie in Stuttgart und die sichere Niederlage trifft dann nicht nur die Partei, sondern das gesamte Proletariat.

Um diese Gefahr zu bekämpfen, muß unsre Partei die Rolle des „getreuen Ekkehard" spielen, um mit Engels zu reden. Sie hat zu warnen und zu beraten, nicht um jeden Preis zu bremsen. Wir müssen rücksichtslos aus den ökonomischen Tatsachen die politischen Schlüsse ziehen und durch praktische Vorschläge beweisen, daß es eine revolutionäre Politik gibt ohne dauernd wechselnde „Ohnmachtsparolen" der Kommunisten; so bezeichnet Koenen die Parolen der Roten Fahne. Wir müssen durch Denken und Handeln erhärten, was wir von Karl Marx gelernt haben, die Synthese von Reform und Revolution zu finden. „Glückliche Reise über Leipzig nach Kassel" rief höhnend Adolf Hoffmann. Dies Schlagwort für den nächsten Großberliner Zahlabend ist nur ein irreführender Weißbierwitz. Wir denken gar nicht daran, Herrn Oberbürgermeister Scheidemann zu besuchen. Nein, unsre Reise geht im internationalen Expreßzug über Paris nach London, und hoffentlich um die ganze Welt. Wir trauen nicht dem Sonderzug nach Moskau, der leicht entgleisen kann, wegen annormaler Spurweite und schlechtreparierter Lokomotive.

Die Weltrevolution wird den Erdball umkreisen, nicht geführt von einer russischen, sondern getragen von einer proletarischen internationalen Internationale. Diese Organisation zu errichten helfen, den internationalen Geist zu pflegen ist unsre Geschichtsaufgabe. Wir müssen an ihr arbeiten, trotz Reformismus und Neu-Russentum. Diese Aufgabe müssen wir erfüllen, in dem wir die Einheit der Gewerkschaftsbewegung erhalten, durch energische Revolutionierungsarbeit in der Organisation, der Spaltungsoffensive entgegentreten. Dieser Aufgabe müssen wir uns widmen im Kampf um die Einheit der revolutionären Aktion, die der Winter bringen kann. In diesem Sinne müssen wir tätig sein, wie immer die Möglichkeiten in der Entwicklung sich gestalten. Dieses Wirken ist kein Vergnügen und keine leichte Sache, es erfordert Geduld und Ausdauer, Nüchternheit und revolutionäre Energie, es verlangt Herz und Hirn, es erheischt Selbstentsagung und Einsetzung der ganzen Person. Aber diese Arbeit muß geleistet werden nicht nur für die Partei, sondern in der deutschen Sektion des Proletariats der Welt. O. Jansen.

Parlamentsbeginn.

Berlin, 10. Oktober.

Gleich die erste Sitzung des Reichstags zeigte, daß die Reaktionäre Deutschlands sich stark fühlen, denn als die Unabhängige Fraktion durch den Genossen Ledebour den Antrag begründen ließ, unsern Antrag gegen die Ausweisung Sinowjews heute zu verhandeln, erhob die Rechte nicht nur ein stürmisches Gelächter, sondern der Sprecher, Schultz-Bromberg, forderte auch, daß Sinowjew so schnell als möglich ausgewiesen werde und seine (Schultzes) Freunde widersprachen der Behandlung des Antrags. Genosse Ledebour charakterisierte dieses gewalttätige Verlangen als Terrorismus, wie er auch die Ausweisung der beiden Russen als Terrorismus der Regierung brandmarkte. Die Verhandlung des Antrags konnte nun wegen des Einspruchs der Rechten nicht stattfinden.

Auch sonst erlebt die vorgesehene Tagesordnung, wie auch das gesamte Arbeitsprogramm für die nächsten Tage eine sehr starke Veränderung. Das Gesetz über die Kapitalflucht wurde von der Tagesordnung abgesetzt, dafür wurde eine andre Vorlage, der Gesetzentwurf über die Beschäftigung Schwerbeschädigter, gleich in allen drei Lesungen beraten und angenommen. Die Sitzung war von kurzer Dauer. Es wurde eine große Anzahl Anfragen ziemlich rasch erledigt.

Nach dem Wunsche der Regierung sollte beim Reichsetat die erste Lesung, die stets die große politische Auseinandersetzung bildet, fallen gelassen und die Vorlage gleich an den Haushaltungsausschuß verwiesen werden. Die politische Debatte sollte dann nach der Rede des Reichskanzlers, die dieser in nächster Woche halten will, stattfinden. Auf Einspruch wurde das Verlangen der Regierung abgewiesen und wird die politische Debatte bei der ersten Lesung des Haushaltplans stattfinden.

In dieser Woche wird nur noch eine Sitzung, und zwar am Freitag, tagen, dann soll bis Mittwoch kommender Woche sitzungsfrei bleiben.

Die Unabhängige Fraktion wird einen Gesetzvorschlag über die Sozialisierung der Bergwerke einbringen, bei dessen Beratung es zu schweren Kämpfen kommen wird. Hierbei werden die Rechtssozialisten zu zeigen haben, wie sie ihre Parteitagsbeschlüsse zu diesem Gegenstand, den sie eben in Kassel faßten, auszuführen gedenken.

Die Regierung sabotiert das Betriebsrätegesetz.

Nach dem § 70 des Betriebsrätegesetzes soll möglichst bald ein Gesetz erlassen werden, nach dem ein oder zwei Betriebsratsmitglieder in den Aufsichtsrat entsandt werden müssen. Die Regierung hat bisher unter dem Druck der Unternehmer noch immer nicht Zeit gefunden, diesen Gesetzentwurf dem Reichstage vorzulegen. Diese Verzögerung ist nun selbst einigen rechtssozialistischen Abgeordneten zuviel geworden. Der rechtssozialistische Abgeordnete Giebel erklärte deshalb in einer Anfrage: „In allen Arbeitnehmerkreisen wird großes Gewicht auf die schleunige Herbeiführung dieses Gesetzes gelegt." — Er fragt die Regierung, ob sie bereit sei, diesen Gesetzentwurf dem Reichstage alsbald nach seinem Zusammentritt vorzulegen, um zu ermöglichen, daß er noch vor Jahresschluß vom Reichstage verabschiedet werden kann.

Die Steuerhinterziehung der Kapitalisten.

Der rechtssozialistische Abg. Keil hat im Reichstage eine Anfrage eingebracht, die das Interesse der weitesten Oeffentlichkeit verdient, da sie ahnen läßt, welch ungeheuerliche Manipulationen die noch heute riesige Gewinne erzielenden kapitalistischen Unternehmungen vornehmen, um sich der Besteuerung ihrer Gewinne zu entziehen. Es heißt in der Anfrage:

„Vor einigen Wochen sind durch das Gewerkschaftsblatt Der freie Angestellte aus dem Bericht der im Jahre 1918 eingesetzten Prüfungskommission des preußischen Kriegsministeriums in Sachen der Daimler-Motoren-Gesellschaft aufsehenerregende Einzelheiten mitgeteilt worden, die von größtem Interesse sowohl von allgemein wirtschaftlichen als auch von steuerlichen Gesichtspunkten aus sind. Der Bericht in seinem ganzen Wortlaut ist aber bisher nicht bekannt geworden. Ist die Reichsregierung bereit, diesen Prüfungsbericht baldmöglichst der Oeffentlichkeit zugänglich zu machen?"

Die Oeffentlichkeit hat ein Recht von der Regierung, zu verlangen, daß sie in kürzester Frist erfährt, wie es sich mit den hier erhobenen Anschuldigungen verhält. Eine einwandfreie Auskunft kann nur durch die sofortige Veröffentlichung des angedeuteten Berichts erzielt werden.

Mißwirtschaft im Reichsernährungsministerium.

Auf dem Parteitag der Rechtssozialisten sind bekanntlich von dem preußischen Landwirtschaftsminister Braun und dem Abgeordneten Heilmann gegen den Reichsernährungsminister Dr. Hermes schwere Vorwürfe erhoben worden. Mit einer Stimme Mehrheit hat auf Grund der erhobenen Anschuldigungen der Parteitag ein Mißtrauensvotum gegen den Reichsernährungsminister beschlossen. Ueber die Vorwürfe, die Dr. Hermes gemacht werden, entnehmen wir dem Vorwärts folgendes:

„Eine der ersten planlosen Taten des Herrn Hermes war gegen Einspruch aller Sachverständigen und der Industrie eine Mobilmachung gegen den Reichsausschuß für Oele und Fette. Dieser Ausschuß wurde für Verhältnisse verantwortlich gemacht, die viel mehr von der Reichsstelle für Speisefette verschuldet waren. Der Unterschied zwischen den beiden Stellen lag nur darin, daß Hermes in der Reichsstelle für Speisefette willkürliche Werkzeuge seiner planlosen Wirtschaft fand, während das alte Direktorium des Reichsausschusses für Oele und Fette eine organisierte und planmäßige Wirtschaft mit Unterstützung der Industrie führen wollte. Hermes verbot sofort im Mai d. J. jedes weitere Einkaufen von Rohstoffen für die deutsche Margarine- und Oelindustrie, während er durch die Reichsstelle für Speisefette auf Kosten der deutschen Industrie und Bevölkerung Fertigfabrikate, im besonderen Margarine, zu teuren Preisen einführen ließ. Die deutsche Margarineindustrie verbrauchte nun in steigendem Maße die vorhandenen Rohstoffe. Die Rohstoffe wurden sehr schnell aufgebraucht, ohne daß neue Käufe und neue Eindeckungen vorgenommen wurden, obwohl Hermes auf diese Entwicklung von sachverständiger Seite aufmerksam gemacht worden war. Im September trat naturgemäß eine plötzliche Notlage in den Rohstoffen für die deutsche Margarineindustrie ein und der Reichsausschuß, der schon in den letzten Atemzügen lag, wurde gezwungen, in wenigen Tagen, ja, man möchte sagen, Stunden, alle nur möglichen vorhandenen Rohstoffe zu jedem Preise einzukaufen. Durch diese sinnlose Wirtschaft wurden in einigen Tagen Rohstoffe — in Oele und Fette umgerechnet für 50 Millionen Kilogramm — auf Kosten des Reiches eingekauft. Diesem plötzlichen Einkauf für 50 Millionen Kilogramm Fertigwaren müssen aber im Monat Oktober noch weitere Rohstoffe für 50 Millionen Kilogramm Fette und Oele folgen. Es ergibt sich nun der ungeheure Skandal, daß man für diese 100 Millionen Kilogramm Oele und Fette im Mai und Juni dieses Jahres Rohstoffe so billig hätte einkaufen können, daß die Fabrikate höchstens auf 14 bis 15 Mk. pro Kilogramm gekommen wären, während sie jetzt auf 25 Mk. zu stehen kommen. Das bedeutet eine Mehrausgabe auf Kosten des Reiches und der deutschen konsumierenden Bevölkerung von einer Milliarde Mark! Dazu kommt, daß Hermes auch die Wirtschaft der deutschen Oelfrüchte sofort freigegeben hatte, um den Agrariern und Händlern mindestens 300 Millionen Mark in die Taschen zu wirtschaften. Der Raps ist durch diese Wirtschaft des Herrn Hermes von 2,30 Mk. pro Kilogramm auf 7,30 Mk. gestiegen. Dieses Defizit von mindestens 1¼ Milliarde Mark nur bei pflanzlichen Oelen und Fetten wird auf über 2 Milliarden Mark erhöht durch die gleiche planlose Wirtschaft bei den tierischen Fetten. Die Eindeckung des deutschen Schmalzbedarfs bringt heute eine Mehrbelastung gegenüber dem Mai und Juni von ca. ¾ Milliarden Mark, weil sich die Preise von ca. 21 Mk. auf 34 Mk. gesteigert haben."

Heilmann hat in Kassel ferner ausgeführt, daß weitere Hunderte von Millionen dadurch sinnlos hinausgeworfen worden seien, daß Dr. Hermes der Reichsgetreidestelle untersagt habe, selbst im Auslande einzukaufen. Diese müsse sich dazu der Getreidehändler bedienen, die für ihre Tätigkeit 1½ Prozent Provision einstecken. Der preußische Minister Braun hatte davon gesprochen, es müsse verhütet werden, daß ein hoher Beamter wieder eingestellt werde, von dem er positiv wisse, daß er bestechlich sei. Es handelt sich um den Ministerialrat und Geheimen Regierungsrat Dr. Erich Augustin aus dem Reichsernährungsministerium, der von dem Zentrumsminister Dr. Hermes besonders begünstigt wird. Der Staatssekretär Dr. Huber erklärte einem Angestellten des Ernährungsministeriums, der Bedenken hatte, unter diesem Augustin zu arbeiten, daß der Minister Hermes Kenntnis von der Annahme von Bestechungsgeldern durch Dr. Augustin habe. Trotzdem erhielt Augustin die Leitung einer Abteilung im Reichsernährungsministerium, die folgende Aufgaben zu erledigen hatte: landwirtschaftliche Berufsvertretung, landwirtschaftliches Kreditwesen, allgemeine Arbeiterfrage, Reichsarbeitsgemeinschaft der land- und forstwirtschaftlichen Arbeitgeber- und Arbeitnehmervereinigung, Arbeitsvermittlung, Ermittlung der landwirtschaftlichen Erzeugerpreise, Indexkommission, Betriebseinrichtung, Wirtschaftsberatung, Buchführung, Futtermittel, Einfuhr und Verteilung von Mais für Zwecke der Schweinemast, Einfuhr von Kraftfuttermitteln, Ein- und Ausfuhr von Tieren, Ersatz- und Mischfutter, Molkereiwesen usw. Dieser Dr. Augustin ist nun endlich aus seinem Dienst entlassen. Er erhält für vier volle Urlaubsmonate das Gehalt ungekürzt ausgezahlt.

Weiter wurde im Vorwärts gegen den Geheimrat Bose, die rechte Hand des Ernährungsministers Dr. Hermes, der schwere Vorwurf erhoben, er habe durch seinen gemeingefährlichen Bureaukratismus die Lieferung der amerikanischen Milchkühe hintertrieben. Der Vorwärts richtet an Dr. Hermes die Anfrage, ob es wahr sei, daß dieser gemeingefährliche Bureaukrat als Belohnung für seine „Verdienste" zum Ministerialdirektor befördert worden sei. Eine Antwort auf diese Frage ist unsres Wissens bisher noch nicht erfolgt.

Außer allen diesen sehr schweren Vorwürfen sind aber auch noch Anschuldigungen gegen den Reichsernährungsminister selbst erhoben worden. Dr. Augustin soll auch die Anweisung zur gesetzwidrigen Entnahme von Geldern aus der Preisausgleichskasse für Stickstoffdüngemittel gegeben haben. Mit den entnommenen Geldern sollen für den Gebrauch des Ministers Dr. Hermes ein Auto für 280 000 Mark und eine Möbelausstattung für ein Empfangszimmer für 87 000 Mark angeschafft worden sein. Schließlich soll noch ein Bücherrevisor veranlaßt worden sein, über das Ergebnis einer Kassenprüfung wahrheitswidrige Angaben zu machen.

Nach einer amtlichen Meldung soll über die gegen den Reichsernährungsminister erhobenen Anschuldigungen, soweit sie die Wirtschaftspolitik betreffen, bei den bevorstehenden Verhandlungen im Reichstage die erforderliche Klärung herbeigeführt werden. Soweit sich die Vorwürfe gegen die Person des Ministers selbst richten und seine Geschäftsführung betreffen, hat nach der amtlichen Mitteilung der Reichskanzler auf ausdrücklichen Wunsch des Reichsministers Dr. Hermes im Einvernehmen mit dem Kabinett den Reichsjustizminister und den Reichsfinanzminister beauftragt, „die Sach- und Rechtslage festzustellen".

Hoffentlich werden die angekündigten Untersuchungen mit der notwendigen Gründlichkeit und Objektivität geführt. Die Betonung dieser Voraussetzung erscheint notwendig angesichts einer Aeußerung der Germania, des Zentralorgans der Partei des Herrn Hermes. Nach diesem Blatt hält es auch die Zentrumspartei für notwendig, die Anschuldigungen gegen Dr. Hermes nachzuprüfen. Das Blatt fügt aber hinzu, man glaube zwar nicht an die Schuld Hermes, man wolle vielmehr nur feststellen, daß

Halle.

Der Parteitag ist zu Ende.

[illegible] grüßte über dem Tore der Wal[illegible]

Parteitag U. S. P. D.

die Delegierten. Rückblickend kann wohl behauptet werden, daß das „?" mit Absicht dort stand. Es lassen sich verschiedene Auslegungen denken. „Zerrissene Partei." Wie weit der Riß schon vor der Tagung ging, bewies die gesamte äußere Anordnung. Der Erfrischungspavillon rechts im Garten war zur kommunistischen Buchhandlung geworden. Der linke war Reklamesäule für die Rote Fahne und KPD. Jeder Baum, jede Säule mit kommunistischen Werbeplakaten geschmückt. Verkäufer der Roten Fahne und des „Sowjet-Sterns" standen bis zum Kongreßsaal in reichlicher Anzahl. Der Schriftenvertrieb von „Unabhängiger Literatur" blühte verborgen wie ein bescheidenes Veilchen — sagen wir richtig, unterm Dache.

Amerika hatte einen „Kurbelfritzen" gesandt, der sich mit diversen Photographen im Garten tummelte.

Am ersten Morgen ¾stündiges Warten der Delegierten vor der verschlossenen Saaltür. Gründe? Die erfuhr jeder, sobald er die auf seinem Platze liegende Mappe zur Hand nahm, und die reichlich verteilten Broschüren kommunistischer Herkunft liegen sah.

War das überhaupt ein Parteitag der USPD.?

Stöße von solcher Literatur wurden im Laufe der Tage noch verteilt. Schon dabei ging es parteiisch zu.

Das umfangreiche Buch Die 3. Internationale wurde nur an die Befürworter der Bedingungen abgegeben. „Es ist von dem Genossen, der diese Bücher gestiftet hat, so bestimmt", erklärte der Verteiler.

Dieser „Stiftung" muß ein ziemlich tiefer Griff in die Geldbörse des „Stifters" vorausgegangen sein.

Die Regie klappte tadellos, bis auf einige kleine Fehler am Schlusse der Tagung. Adolf Hoffmann schien das Manuskript verloren zu haben. — Die Galerie arbeitete Hand in Hand mit einem Teil des Plenums. Besonders am Tage der Rede Sinowjews. Es mußte ja klappen. Dr. Levi von der KPD. und seine Freunde saßen mit dem Rücken nach der Bühne und überschauten ihre Gefolgschaft. Von hier aus wurde alles dirigiert. Auch die Galerie! Man sollte aber doch als Anhänger der 3. Internationale nicht bloß zwei Finger zum Zeichengeben verwenden. Man könnte sonst in den Verdacht geraten, nach Genf zu neigen.

Hing die ersten Tage in der Bühnenmuschel eine rote Fahne „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch, — Es lebe die kommunistische Internationale", so war sie am Tage nach Sinowjews Rede ersetzt durch ein rotes Banner mit dem Spruch „Dem Berliner Arbeiter- und Soldatenrat, der Arbeiterrat der Petersburger Kommune". Kein Mensch wußte, wer diese Umänderung vorgenommen hatte.

„Mein Kind, wie unschuldig du bist,
Wenn dir nichts zu beweisen ist!"

Keiner wußte, wer es getan hatte, jeder merkte aber, warum diese Umänderung. Sinowjews Erfolg. Uebrigens, warum hat man nicht Sinowjew mit seinem Landsmann und Gegner Martow einmal photographiert? Diese Gegenüberstellung wäre doch interessant gewesen. Das gehetzte, kleine Männchen, der Menschewiki Martow und der Nerokopf des Bolschewisten Sinowjew nebeneinander.

Ein Redner, dieser Sinowjew! Viele Behauptungen, wenig Beweise, und die wenigen stimmen nicht. Fragestellung, Ansatz zur Beantwortung, bei brenzlichen Stellen ein Hieb auf die rechten, alles verratenden Führer, tobender Beifall seiner Anhänger, und dann — ein neues Thema. Die Antwort — bleibt man schuldig. Geschickt — aber einem Parteitag sollte man so etwas nicht zumuten dürfen. — Longuet war gerade das Gegenteil.

Wochenlang hat sich die Partei wegen dieser Bedingungen zerfleischt. Unzählige Male ist erklärt, was unannehmbar ist. Die Resolution Ledebour und Genossen lag dem Parteitage vor. Vier Stunden „bewies" Sinowjew, daß die Bedingungen so hart sein müssen, um am Schluß der Rede zu sagen: „Formuliert, was euch nicht gefällt, ich bin vom Exekutivkomitee zur Aenderung ermächtigt." Kann man sich etwas Zynischeres denken? Nero beim Brande Roms!

Der Parteitag ist vorbei; der unabhängige Parteitag, der in Wirklichkeit ein kommunistischer war. Wir haben hier die Methoden eines Systems kennen gelernt, das wir ablehnen — ablehnen müssen. Das Hallenser Volksblatt schrieb am 16. Oktober in einem längeren Artikel über die Art, die Führer bei der Masse zu verdächtigen, zeichnet mit aller Schärfe die Wirkung dieser „revolutionären" Arbeit und schließt:

Und das alles feiert man als „Säuberungsprozeß" — und sieht nicht, daß morgen auch die „Säuberer" gesäubert werden, daß die „Reinigung" unaufhaltsam um sich frißt, bis schließlich nur die kräftigste Gruppe der Reiniger als Diktatoren übrigbleibt. Wir malen zu schwarz? Schön! Freuen wir uns, wenn es noch nicht soweit ist. Aber das System führt in diese Hölle!

Und der Parteitag brodelt bereits im Vorhofe dieser Hölle!

Der Unabhängig. soz. Parteitag, der eigentlich keiner war, ist zu Ende. Die Partei wird jetzt arbeiten können. Eglgir.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19201020/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG